

Niederschrift

über die 18. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 05.04.2017
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
5 Einwohnerfragestunde	5
6 Anlage eines Bestattungswaldes in Meerbusch Vorlage: DezIII/0586/2017	6
6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2017 zu Friedhofsangelegenheiten Vorlage: SB11/0072/2017	8
7 Gestaltungskonzept für die Wertstoffcontainerstandorte in Meerbusch Vorlage: DezIII/0578/2017	8
8 Verkehrssituation Uerdinger Straße Vorlage: FB5/0167/2017	9
9 LKW-Durchfahrtsverbot und Geschwindigkeitsbeschränkung auf dem Laacher Weg zwischen Neusser Straße und Römerstraße Vorlage: FB5/0576/2017	11
10 Anträge	12
10.1 Gemeinsamer Antrag der FDP und UWG vom 14.03.2017 zum geplanten Bau der südlichen Brücke am Latumer See Vorlage: DezIII/0154/2017	12
10.2 Antrag der UWG-Fraktion vom 14.03.2017 zum Fluglärm Vorlage: DezIII/0155/2017	14
11 Anfragen	15
11.1 Anfrage der UWG-Fraktion und des Ratsherren Müller vom 27.01.2017 zum Feuerwehrgerätehaus in Meerbusch-Büderich Vorlage: SIM/0073/2017	15
11.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Piraten vom 24.03.2017 zum Glasfaserausbau Vorlage: DezIII/0077/2017	15
11.3 Anfrage der UWG Fraktion vom 27.03.2017 zur widerrechtlichen Nutzung von Wirtschaftswegen Vorlage: DezIII/0078/2017	15
11.4 Anfrage der UWG-Fraktion vom 22.01.2017 zu Messstellen auf der Meerbuscher Straße Vorlage: DezIII/0080/2017	16

12	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	16
13	Termin der nächsten Sitzung 14. Juni 2017	17
14	Verschiedenes	17
14.1	Zu- und Abfahrt Winklerweg/Wienenweg	17
14.2	Baufortschritt Hochstraße/Kirchplatz (Rossmann)	17
14.3	Arbeitskreis Lärm	17
14.4	Dogstation Plöneshof	17
14.5	Erneuerung von Straßenmarkierungen	18
14.6	Rotlichtphase Strümper Straße / Winklerweg / Kappellenstraße	18

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Andreas Harms Ratsmitglied Vertretung für Herrn Claus Fischer

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied Vertretung für Herrn Andreas Hoppe

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Christian Welsch Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger anwesend ab 17:05 Uhr, TOP 1

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Lothar Keiser Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Dieter Schmoll

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Andreas Wagner Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Marcel Müller

Stellv. beratendes Mitglied

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat Vertretung für Herrn Oswald Hepner ab 19:00 Uhr, TOP 10.1

Beratende Mitglieder

Herr Oswald Hepner Seniorenbeirat anwesend bis 19:00 Uhr, TOP 9

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Frau Dana Frey Dezernat III

Herr Detlev Horn Dezernat III

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Matthias Unzeitig Bereichsleiter Fachbereich 5

Herr Heinrich Westerlage

Bereichsleiter Service Recht

Schriftführerin

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Claus Fischer

Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe

Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Dieter Schmoll

Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller

Sachkundiger Bürger

Der Vorsitzende, Ratsherr Jürgens, stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er verweist auf die Tischvorlage zu TOP 11.4.

Er lässt über den Antrag der UWG-Fraktion vom 27.03.2017 zur Vertagung der Tagesordnungspunkte 1 und 6 abstimmen

Gemeinsamer Beschlussantrag der UWG- und FDP-Fraktion vom 27.03.2017

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den TOP 1, Einrichtung eines Bestattungswaldes in Meerbusch, zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		1	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	7	9	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Öffentliche Sitzung

5 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Blaum vom BUND stellt Fragen zum Carsharing. Sie bemängelt, dass das Carsharing-Fahrzeug auf dem Dr.-Franz-Schütz Platz ohne Ankündigung und Information zwei Wochen nicht zur Verfügung gestanden habe und regt an, dass seitens der Wirtschaftsförderin Gespräche mit der Autovermietung und Flinkster geführt werden sollten, um derartige Kommunikationsprobleme zukünftig auszuschließen.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass Frau Reiß bereits Kontakt aufgenommen habe. Sollte ein solcher Fall noch einmal auftreten, würde die Öffentlichkeit durch Presse und Internet informiert. Bezüglich zusätzlicher Carsharing Standorte in Meerbusch, beispielsweise in Lank oder in Osterath, werde sich die Verwaltung mit der Deutschen Bahn Tochter Flinkster in Verbindung setzen und in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses über das Ergebnis berichten.

Anmerkung der Verwaltung: Die Firma Flinkster teilte inzwischen auf Anfrage mit, dass die Stationierung eines Carsharing Fahrzeuges in Osterath nicht möglich sei. Erfahrungsgemäß sei die Auslastung dort oder an ähnlichen Standorten so gering, dass ein kostendeckendes Carsharing nicht möglich sei.

6 Anlage eines Bestattungswaldes in Meerbusch
Vorlage: DezIII/0586/2017

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat stimmt den öffentlichen Teilen des Entwurfes des Austausch- und Nutzungsvertrages Stadt Meerbusch./. Betreibergesellschaft Waldbetriebe Haus Meer GmbH sowie den öffentlichen Teilen des Nutzungssicherungsvertrages Stadt Meerbusch./. Friedrich Freiherr von der Leyen in der vorliegenden Vertragsfassung zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		1
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	10	6	1

Vor der Beratung lässt der Vorsitzende, Ratsherr Jürgens über den gemeinsamen Antrag der FDP und UWG abstimmen.

Beschlussantrag:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt den Tagesordnungspunkt 6 „Anlage eines Bestattungswaldes in Meerbusch zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1	1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	7	10	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsfrau Niegeloh erläutert, dass die Abstimmung über den Bestattungswald in der SPD-Fraktion freigestellt sei. Die anwesenden Mitglieder ihrer Fraktion werden geschlossen gegen den Beschlussantrag stimmen. Sie berichtet über eine Untersuchung des Umweltbundesamtes zum Schwermetallgehalt von Totenasche und die daraus möglicherweise entstehende Belastung von Grundwasser und Boden. Bei möglichen 9.000 Bestattungen in dem dafür vorgesehenen Waldstück handle es sich um 27 Tonnen Totenasche.

Herr Betsch berichtet über ein Gutachten der Universität Freiburg aus dem Jahr 2015, demzufolge Beisetzungen im Wald ökologisch unbedenklich seien.

Ratsherr Gabernig vertritt die Auffassung, dass vor einem Vertragsabschluss einige Themen zunächst durchdacht werden sollten. Er führt die Problematik einer eventuell sinkenden Anzahl an Bestattungen auf den städtischen Friedhöfen an. Das könne zu steigenden Kosten und demzufolge zu steigenden Friedhofsgebühren führen. Darüber hinaus sei die Stadt Meerbusch für mindestens 99 Jahre verpflichtet, die öffentlich-rechtliche Trägerschaft zu übernehmen. Er hält den geplanten Standort für einen Bestattungswald nicht für gut. Es handle sich um den einzigen Wald auf Meerbuscher Stadtgebiet. Er diene als Naherholungsgebiet und das solle so bleiben. Er erachtet es als sinnvoll, dass der Arbeitskreis „Zukunft der Friedhöfe in Meerbusch“ zunächst ein Konzept für die städtischen Friedhöfe entwickelt. Die FDP-Fraktion sei nicht grundsätzlich gegen einen Bestattungswald, spräche sich jedoch unter den gegebenen Umständen und aufgrund des Standortes dagegen aus.

Ratsherr Meffert sieht in der Einrichtung eines Bestattungswaldes in Meerbusch mehr Chancen als Risiken. Die Sachlage sei unverändert. Die Verwaltung habe auftragsgemäß Verhandlungen zur Einrichtung eines Bestattungswaldes aufgenommen, geändert habe sich lediglich der Vertragspartner. Freiherr von der Leyen sei der Stadt Meerbusch sehr verbunden. Aus einer Zusammenarbeit ergäbe sich die Chance der Mitgestaltung. Darüber hinaus würde den Bürgern, die eine Waldbestattung wünschen, die Möglichkeit geboten, sich in ihrer Heimat bestatten zu lassen.

Sachkundiger Bürger Keiser gibt zu bedenken, dass es sich bei dem vorgesehenen Gebiet um einen Erholungswald handle. Die Einrichtung eines Bestattungswaldes werde zusätzlichen Verkehr verursachen und sei es schwierig, wenn Spaziergänger, Hundebesitzer, Familien und Jogger und Trauergesellschaften aufeinander treffen. Da der Bereich des Bestattungswaldes nicht eingezäunt, sondern sogar mit Wegen zur gemeinsamen Nutzung durchzogen werden solle, sei es nicht möglich zu gewährleisten, dass kein Lärm entstehe. Er sehe dringenden Nachholbedarf bei der Vertragsgestaltung. Darüber hinaus sollten

Ratsfrau Neukirchen vertritt die Meinung, dass jeder Bürger über das Wie und Wo seiner Bestattung entscheiden können sollte. Die Stadt Meerbusch sei nicht im Besitz eines Waldes, so dass die Stadt selber nicht das Angebot einer Waldbestattung machen könnte. Weiterhin sieht sie den Vorteil, dass die Bäume, die für Bestattungen ausgewählt werden, in den nächsten 99 Jahren nicht abgeholzt werden dürfen. Die geplante Erweiterung des Parkplatzes sei sinnvoll, da der vorhandene Parkplatz schon jetzt regelmäßig überfüllt sei.

Im Arbeitskreis „Zukunft der Friedhöfe in Meerbusch“ sollten Maßnahmen erarbeitet werden, die die Nutzung der städtischen Friedhöfe attraktiver macht.

Ratsfrau Niegeloh erklärt, dass ein Wald eine andere Einstufung als ein Privatgrundstück habe. So sei beispielsweise die freie Zugänglichkeit ein Merkmal. Diese sieht sie durch die Einrichtung eines Bestattungswaldes eingeschränkt. Sie stellt die Frage, ob eine durch die Einrichtung eines Bestattungswaldes ausgelöste Steigerung der Friedhofsgebühren ausgeschlossen sei.

Herr Betsch erläutert, dass eine Prognose über die Entwicklung der Friedhofsgebühren über einen Zeitraum von 99 Jahren nicht möglich sei. Derzeit könne man davon ausgehen, dass 1-2% der Bestattungsfälle Waldbestattungen sein werden. Dieses habe keinen signifikanten Einfluss auf die Gebühren. Von den ca. 500 Bestattungen in Meerbusch pro Jahr seien ca. 60% Urnenbestattungen.

Sachkundiger Bürger Wagner befürwortet die Einrichtung eines Bestattungswaldes, da es erforderlich sei, vorausschauend zu handeln. Den Veränderungen im Bestattungsbedarf solle Rechnung getragen und den Bürgern der Stadt Meerbusch die Möglichkeit geboten werden, in ihrer Heimat im Wald bestattet werden zu können. Menschen, die sich für eine Waldbestattung entscheiden, würden

sich ohnehin nicht auf einem Meerbuscher Friedhof bestatten lassen, so dass kein negativer Einfluss auf die Kostenstruktur erfolge. Wenn es in Meerbusch keinen Bestattungswald geben würde, würden die Menschen einen anderen Bestattungswald wählen.

6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2017 zu Friedhofsangelegenheiten
Vorlage: SB11/0072/2017

Ratsherr Gabernig erläutert, dass sich die Anfrage inhaltlich bereits erledigt habe.

7 Gestaltungskonzept für die Wertstoffcontainerstandorte in Meerbusch
Vorlage: DezIII/0578/2017

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung,

- für die vorhandenen Wertstoffcontainerstandorte Josef-Kohtes-Straße und Gonellastraße die Eignung als Unterflurvariante zu prüfen,
- den am besten geeigneten Standort als Unterflurvariante im Jahr 2017 umzurüsten,
- die weiteren und längerfristig geeigneten Standorte in die Haushaltsberatungen einzubringen
- für die Wertstoffcontainer auf dem Lanker Schützenplatz einen besser geeigneten Standort zu suchen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	15	2	0

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Ratsfrau Niegeloh beantragt, die kurzfristige Eignungsprüfung für Unterflurvarianten um den Standort Hauptstraße/Ecke Schulstraße zu ergänzen. Für die weitere Planung regt sie an, im Sinne einer gerechten Verteilung der Unterflurstandorte die Größe der Stadtteile zu berücksichtigen.

Sachkundiger Bürger Harms bittet darum, auch den Schützenplatz in Lank in die Untersuchung einzubeziehen. Frau Frey bestätigt, dass dies ein problematischer Standort mit häufig großer Verschmutzung sei, weist jedoch darauf hin, dass nach derzeitiger Beschlusslage die teuren Unterflurcontainer nur dort erwogen werden sollen, wo sie von besonderer gestalterischer Bedeutung für den jeweiligen Ortsteil seien. Sachkundiger Bürger Harms stellt klar, dass es um einen anderen Standort gehe, nicht notwendigerweise um einen unterirdischen.

Sachkundiger Bürger Hepner erklärt, dass unterirdische Container nicht nur das Stadtbild positiv beeinflussen, sondern auch für Menschen mit körperlichen Gebrechen leichter zu befüllen sind, da ihre Einwurföffnungen niedriger sind.

Ratsherr F.J. Jürgens bittet noch um Prüfung, inwieweit Containerstandorte realisiert werden können, ohne dass hierdurch Parkplätze wegfallen.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des höheren Platzbedarfs würde bei der Einrichtung eines Unterflursystems auf dem Parkplatz Hauptstraße/Schulstraße in Lank mindestens ein weiterer Parkplatz entfallen. Da die Baumwurzeln den unterirdischen Betonbehältern im Wege sind, müssten mindestens zwei große Bäume gefällt werden. Die Verwaltung hält deshalb ein Unterflursystem an diesem Standort für ungeeignet.

Der Containerstandort Schützenplatz ist der meistfrequentierte Standort in Lank. Dies bringt natürlich auch Verschmutzungen mit sich. Andererseits hat er sehr viele Vorteile:

- er ist gut anfahrbar,*
- genügend Parkplätze sind vorhanden,*
- der Entsorgungsvorgang blockiert nicht den Verkehr,*
- die Benutzung belastet die Nachbarschaft nicht,*
- er bildet eine Entsorgungseinheit mit dem dort eingerichteten Schadstoffmobilstandort.*

Eine entsprechende Alternativfläche auf dem Platz selber ist nicht zielführend. In den Nebenstraßen (Mühlen- und Jasminstraße) kann wegen nicht ausreichender Platzverhältnisse und fehlender Wendemöglichkeit für das Entsorgungsfahrzeug auf der Jasminstraße kein neuer Standort eingerichtet werden. Aufgrund der unter dem Platz liegenden alten Lanker Müllkippe kann ein Unterflursystem dort nicht eingerichtet werden.

Für die Einrichtung eines flächendeckenden Sammelsystems für Altglas- und Altpapier im Bringsystem muss für die Aufstellung der Depotcontainer auf öffentliche Flächen zurückgegriffen werden (die Nutzung der Privatflächen ist nicht realisierbar). Dazu stehen in der Regel nur Park- oder Grünflächen zur Verfügung. Wegen der Schwierigkeiten bei der Säuberung des Umfelds von Wertstoffcontainern auf einer unbefestigten nicht eingezäunten Grünfläche hat die Verwaltung von Standorten auf solchen Flächen abgesehen. Aufgrund der vorhandenen Halte- und Parkmöglichkeiten (für die Nutzer und die Entsorgungsfirma) wurden die Meerbuscher Wertstoffcontainerstandorte überwiegend auf Parkplätzen eingerichtet. Dies wird auch in anderen Städten so praktiziert.

8 Verkehrssituation Uerdinger Straße

Vorlage: FB5/0167/2017

Technischer Beigeordneter Assenmacher trägt den Inhalt der Informationsvorlage vor. Er erklärt, dass bis zu einer Einwohnerzahl von 60.000 der Kreis für die Überwachung des fließenden Verkehrs zuständig sei. Die Installation einer stationären Streckenkontrolle könnte sich für den Kreis lohnen, da wöchentlich 170 LKW verbotenerweise Lank durchfahren. Insgesamt sei die Anzahl der LKW jedoch im Vergleich zur letzten Zählung 2016 leicht gesunken.

Ratsherr Kaden ist der Meinung, dass die gewählten Auswertungszeiten (5 bis 9 Uhr und 15 bis 18 Uhr) möglicherweise nicht die Zeiten mit dem stärksten LKW-Verkehrsaufkommen seien. Ziel müsse es sein, die Zahl der LKW, die unter das Durchfahrverbot fallen, auf Null zu reduzieren.

Ratsherr F.J. Jürgens vertritt die Auffassung, dass ein Beschluss des Bau- und Umweltausschusses, die Verwaltung zu beauftragen, den Landrat nochmals eindringlich auf die Notwendigkeit der Einrich-

tung einer stationären Streckenkontrolle zur Eindämmung des LKW-Verkehrsaufkommens in Lank hinzuweisen, diesem Thema mehr Nachdruck verleihen könnte. Er weist darauf hin, dass sich in Zukunft weitere Unternehmen im Krefelder Hafen ansiedeln werden. Es sei mit zusätzlichen 300 Schwerlastkraftwagen zu rechnen, die sich den kürzesten Weg von der Autobahn zum Hafen suchen und deshalb möglicherweise durch Lank fahren.

Ratsherr F.J. Jürgens schlägt vor, mit den dafür vorgesehenen Haushaltsmitteln, technische Maßnahmen durchzuführen, die den LKW-Durchgangsverkehr wirksam reduzieren. So könnte beispielsweise die Busbucht zurückgebaut werden, damit die LKW diese nicht als Durchfahrt benutzen können. Aus Richtung Krefeld kommend, fehle am Kreisverkehr „Einfahrt Robert-Bosch-Str.“ ein Hinweisschild auf das LKW Durchfahrverbot

Mehrere Ratsmitglieder äußern ihren Ärger über die Reaktion des Landrates vom 26.01.2017 auf das Schreiben der Stadt, in dem wiederholt auf die Notwendigkeit einer stationären Streckenkontrolle hingewiesen wurde.

Ratsherr Banse regt an, intensive Gespräche mit der Stadt Krefeld zu führen und auf diese Weise den Druck zu erhöhen, die Streckenführung des LKW-Verkehrs über die Strecke Richtung Norden zu optimieren.

Ratsherr Welsch weist auf die Möglichkeit hin, dass die Meerbuscher Fraktionen ihre Kreistagsabgeordneten über dieses Thema informieren können, um auch auf diesem Wege der Angelegenheit mehr Gewicht zu verleihen.

Ratsherr F.J. Jürgens formuliert einen Beschlussantrag.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen,

1. schnellstmöglich den Landrat unter Hinweis auf diesen Beschluss zu bitten, erneut zu prüfen, ob ein Gerät zur stationären Streckenkontrolle an der Uerdinger Straße in Lank installiert werden kann,
2. bis zur nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses konkrete bauliche und ggfs. technische Maßnahmen zu benennen, durch die der verbotene LKW-Durchgangsverkehr reduziert werden kann,
3. eine Abstimmung der Ergebnisse der Verkehrszählungen des Rhein-Kreises Neuss, der Bürgergemeinschaft und der Stadt vorzunehmen,
4. regelmäßig Gespräche mit der Stadt Krefeld bezüglich der Planungen für den Ziel- und Quellverkehr zum Krefelder Hafen zu führen und dem Bau- und Umweltausschuss darüber zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 LKW-Durchfahrtsverbot und Geschwindigkeitsbeschränkung auf dem Laacher Weg zwischen Neusser Straße und Römerstraße
Vorlage: FB5/0576/2017

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, das derzeitige LKW-Durchfahrtsverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr auf dem Laacher Weg auf ein 24-stündiges LKW-Durchfahrtsverbot auszuweiten und für den Laacher Weg zwischen Römerstraße und Düsseldorfer Straße eine 24-stündige Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h einzurichten. Die derzeitigen Parkierungsregelungen für die Römerstraße sollen beibehalten werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Nachbarstädte Neuss und Düsseldorf über das LKW-Durchfahrtsverbot informieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	16	0	1

Technischer Beigeordneter Assenmacher trägt den Inhalt der Beschlussvorlage vor.

Ratsherren Gabernig und Meffert und Ratsfrau Neukirchen weisen darauf hin, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung und die Alternativen nicht dem Willen des Ausschusses entsprechen. Nach kurzer Diskussion wird o.a. Beschluss formuliert und gefasst.

Technischer Beigeordneter Assenmacher gibt zu bedenken, dass die Römerstraße durch diese Maßnahmen stärker belastet würde und ein störungsfreier Verkehr ohne Parkierungsverbot auf der Römerstraße nicht gewährleistet sei. Dies gelte auch für die Buslinien 828 und 830. Auch sachkundiger Bürger Keiser äußert seine Sorge um die Überlastung der Römerstraße.

Ratsfrau Niegeloh erklärt, dass es wichtig sei, Gespräche mit den Städten Neuss und Düsseldorf über den Zu- und Abflussverkehr auf die Autobahn zu führen und auf das zukünftige LKW-Durchfahrtsverbot hinzuweisen.

10 Anträge

10.1 Gemeinsamer Antrag der FDP und UWG vom 14.03.2017 zum geplanten Bau der südlichen Brücke am Latumer See Vorlage: DezIII/0154/2017

Beschlussantrag:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt den sofortigen Stopp der Maßnahmen zum geplanten Brückenneubau am Latumer See.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	4	13	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig erläutert den Antrag. Auch sachkundiger Bürger Keiser lehnt einen Neubau der Brücke ab, da sie seiner Meinung nach keinen Sinn erfüllt und zu viel Geld dafür ausgegeben werden müsste.

Ratherr F.J. Jürgens erinnert daran, dass der Bau- und Umweltausschuss bereits dem Bau der Brücke zugestimmt habe.

(Anmerkung der Schriftführerin: Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 24.11.2016, TOP 6)

Ratsfrau Niegeloh erklärt, dass sie im Gegensatz zum Bund der Steuerzahler die Meinung vertritt, dass nicht nur das unbedingt Erforderliche für ein attraktives Erscheinungsbild der Stadt Meerbusch erledigt werden sollte. Aus diesem Grunde werde sie den Antrag ablehnen.

Sachkundiger Bürger Wagner berichtet darüber, dass in der Medienberichterstattung und den sozialen Medien deutlich geworden sei, dass die Mehrheit der Meerbuscher Bürger die Brücke für überflüssig halte. Er regt an, dass die Brücke durch Crowdfunding bzw. von den Befürwortern der Brücke finanziert werden sollte. Sachkundiger Bürger Keiser begrüßt diese Idee.

Ratsherr Meffert gibt zu bedenken, dass in sozialen Medien eher negative Meinungen formuliert werden und es sich deshalb um kein repräsentatives Stimmungsbild handle.

Sachkundiger Bürger Güllmann erläutert, dass die Bewohner des Seniorenheims am Latumer See und andere Lanker Senioren den Rundweg für Spaziergänge nutzen und aus diesem Grunde eine Verkürzung des Weges durch die Brücke begrüßen würden.

Ratsherr Gabernig macht deutlich, dass Brücken sensible Bauwerke seien, die einen hohen Unterhaltungsaufwand verursachen.

Der Vorsitzende, Ratsherr Jürgens lässt über den gemeinsamen Antrag der FDP und UWG abstimmen.

Ratsherr F.J. Jürgens formuliert folgenden Antrag der CDU-Fraktion:

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. Die abgängige Holzbrücke am Latumer See wird schnellstmöglich durch einen Neubau zur Schließung des inneren Rundweges ersetzt.
2. In die Vorarbeiten und den Auswahlprozess sollen die bekannten Vorschläge der Studentinnen der Uni Duisburg/Essen, Gruppe Prof. Dr. Jochen Menkenhagen einbezogen und diese Aktivität ordnungsgemäß abgeschlossen werden.
3. Dem Bau- und Umweltausschuss wird nach den erforderlichen Vorarbeiten kurzfristig ein möglichst kostengünstiger Vorschlag zur Realisierung des neuen Brückenbauwerkes (Brückenform, Technik, Material und Kosten) vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen			2
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	11	4	2

Ratsherr Gabernig erkundigt sich nach den Kosten, die für die Berücksichtigung der Entwürfe in der Planung entstehen würden. Ratsherr F.J. erläutert, dass die Entwürfe hinsichtlich ihrer Eignung als Planungsgrundlage geprüft werden und die Studentinnen eine Mitteilung über das Ergebnis bekommen. Für ihren Aufwand sollten sie ggfs. eine kleine finanzielle Anerkennung in Höhe von ca. 500,-€ erhalten.

Sachkundiger Bürger Wagner weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass die Brücke zu einem möglichst großen Teil durch Crowdfunding und Sponsoring finanziert werden sollte.

Sachkundiger Bürger Behlen und Ratsfrau Neukirchen erklären, dass sie Beratungsbedarf haben.

Beschussantrag:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Beschlussantrag der CDU-Fraktion zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	1
SPD		2	1
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	6	9	2

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr F.J. Jürgens hält den o.a. CDU-Antrag aufrecht und bittet, dass darüber abgestimmt wird. Über die Finanzierung der Brücke könne beraten werden, wenn die Höhe der Kosten feststehe.

10.2 Antrag der UWG-Fraktion vom 14.03.2017 zum Fluglärm
Vorlage: DezIII/0155/2017

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, eine Sondersitzung zum Thema Fluglärm durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Niegeloß regt an, zum Thema Fluglärm eine Sondersitzung vorzusehen, in der die komplexe Materie nochmals umfassend und unter Hinzuziehung von Experten beleuchtet werden soll.

Ratsherr Franz-Josef Jürgens betont hinsichtlich des Antrages der UWG, aus seiner Sicht habe die Verwaltung die ursprünglich gestellten Fragen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zufriedenstellend beantwortet, ebenso seien der Einsatz der Bürgermeisterin in der Fluglärmkommission und die seinerzeit im Rat gegebenen Informationen zu werten.

Sachkundiger Bürger Keiser widerspricht und sieht nach wie vor Klärungsbedarf hinsichtlich dessen, wie aus dem Betrieb der temporären Messstelle Erkenntnisse gewonnen werden sollen.

Ratsherr Welsch unterstützt den Vorschlag einer Sondersitzung; das fortdauernde Infragestellen der von der Verwaltung sachgerecht gegebenen Antworten sei nicht zielführend. Ratsherr Meffert erkennt ebenfalls keine inhaltliche Weiterentwicklung mehr und beantragt Schluss der Debatte.

Unter der Voraussetzung, dass die beantragte Sondersitzung beschlossen wird, zieht Sachkundiger Bürger Keiser den Antrag der UWG zurück.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet ergänzend, dass der Antrag der Bürgermeisterin in der Fluglärmkommission, der auf die Rückführung der Cutback-Höhe auf 1.500 Fuß zielte, keine Mehrheit gefunden habe. Der Antrag ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

11 Anfragen

11.1 Anfrage der UWG-Fraktion und des Ratsherren Müller vom 27.01.2017 zum Feuerwehrgerätehaus in Meerbusch-Büderich Vorlage: SIM/0073/2017

Sachkundiger Bürger Keiser trägt die Anfrage der UWG Fraktion vor und fragt, ob die Feuerwehr über die Verzögerung informiert gewesen sei. Bezüglich der in der Anfrage formulierten Fragen weist Herr Klein auf die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung. Die Feuerwehr sei informiert gewesen. Die Ausräumung der vergaberechtlichen Rüge im Gewerk Rohbauarbeiten habe eine erhebliche Bauverzögerung zur Folge gehabt. Inzwischen sei der Auftrag erteilt und auch die Auftragserteilung der weiteren Gewerke stünde unmittelbar bevor, so dass Ende April Baubeginn sein werde.

11.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Piraten vom 24.03.2017 zum Glasfaserausbau Vorlage: DezIII/0077/2017

Technischer Beigeordneter Assenmacher beantwortet die in der Anfrage formulierten Fragen.

Anmerkung der Schriftführerin: Die schriftliche Beantwortung der Fragen ist der Niederschrift beigefügt.

Sachkundiger Bürger Wagner erklärt, dass für eine „zukunftsorientierte Region“, zu der auch Meerbusch zählt, ein schnelles Internet unbedingt erforderlich sei. Man müsse an dieses Thema viel proaktiver herantreten.

Technischer Beigeordneter Assenmacher weist darauf hin, dass jede Straße aufgerissen werden müsste, um jeden Haushalt mit Glasfaser zu versorgen. Dafür seien keine Fördermittel bekannt. Stellenweise vorhandene Leerrohre seien für die Straßenbeleuchtung verlegt worden.

Auch Ratsherr Welsch hält es für dringend nötig, dieses Thema weiter zu verfolgen. 50 Mbit/s seien nach heutigem Stand schon langsam.

11.3 Anfrage der UWG Fraktion vom 27.03.2017 zur widerrechtlichen Nutzung von Wirtschaftswegen Vorlage: DezIII/0078/2017

Sachkundiger Bürger Keiser trägt den Inhalt der Anfrage vor.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass es schwierig sei, praktikable Lösungen für die Absperrung der Wirtschaftswege zu finden. Der Nachteil von Pollern sei beispielsweise, dass auch die Durchfahrt von Landwirtschafts- und Rettungsfahrzeugen erschwert werde. Zudem bestehe die Gefahr, dass die Poller von befugten Personen entfernt, jedoch nicht wieder aufgestellt werden. Poller seien evtl. denkbar für nicht stark frequentierte Wege. Für die Überwachung des Durchfahrtsverbotes sei der Rhein-Kreis Neuss zuständig. Auf die Bitte von sachkundigem Bürger Keiser sagt Technischer Beigeordneter Assenmacher zu, Kontakt zur Polizei aufzunehmen und um verstärkte Kontrollen an neuralgischen Stellen zu bitten.

Auch Ratsfrau Neukirchen ist der Meinung, dass endlich eine Lösung gefunden werden müsse. Bündnis 90/Die Grünen haben bereits 2016 einen entsprechenden Antrag gestellt.

Ratsherr Welsch drängt ebenso darauf, dass Lösungsvorschläge gemacht werden sollen.

11.4 Anfrage der UWG-Fraktion vom 22.01.2017 zu Messstellen auf der Meerbuscher Straße Vorlage: DezIII/0080/2017

Sachkundiger Bürger Keiser trägt die Anfrage der UWG-Fraktion vor.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Anfrage der UWG-Fraktion ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt eine Beantwortung der Frage in der Niederschrift zu.

Anmerkung der Schriftführerin:

Zitat aus der Beschlusskontrolle (Dokument zu TOP 12): Schreiben der Stadt Meerbusch vom 21.12.2016 an das LANUV bzgl. einer Messstelle für Feinstaub- und Stickoxidbelastung an der Meerbuscher Straße. Die Antwort des LANUV vom 27.12.2016 beinhaltet, dass keine Messstelle an der Meerbuscher Straße eingerichtet wird, da sich die Bebauungssituation nicht geändert habe und PM10-Grenzwertüberschreitungen an keiner Messstelle in NRW verzeichnet werden können. Nach der Realisierung des Bauvorhabens könne bei Vorliegen eines Verdachtes der Grenzwertüberschreitung das LANUV informiert werden.

Das Schreiben des LANUV vom 27.12.2017 ist Anlage zur Niederschrift.

12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass der Verwaltung ein Schreiben der Bezirksregierung Arnsberg vorliegt. Die Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen nebst den bei ihrer Gewinnung anfallenden Gasen zu gewerblichen Zwecken für das Feld „Ruhr“ ist mit Ablauf des 04.02.2017 durch Fristablauf erloschen. Demnach sei Meerbusch auch künftig nicht von Fracking betroffen.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

13 Termin der nächsten Sitzung 14. Juni 2017

14 Verschiedenes

14.1 Zu- und Abfahrt Winklerweg/Wienenweg

Sachkundiger Bürger Behlen spricht das Problem der Zu- und Abfahrt Winklerweg/Wienenweg an. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass es einen Ortstermin mit den Osterather Schützen geben werde, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Darüber werde im Ausschuss berichtet.

14.2 Baufortschritt Hochstraße/Kirchplatz (Rossmann)

Sachkundiger Bürger Behlen erkundigt sich danach, ob sichergestellt sei, dass das Gebäude an der Hochstraße/Kirchplatz (Rossmann) in Osterath wie beschlossen verklankert werde. Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass das Hauptgebäude eine Putzfassade erhalte, der rückwärtige eingeschossige Bau verklankert werde.

14.3 Arbeitskreis Lärm

Ratsfrau Niegeloh bittet darum, den Arbeitskreis Lärm wieder aufzunehmen. Seit der letzten Sitzung sei viel Zeit vergangen und es gebe nun wieder Beratungsbedarf.

Ergänzende Information der Verwaltung:

In der letzten Zusammenkunft des Arbeitskreises war beschlossen worden, externen Sachverstand zur Verbesserung der Lärmsituation in Meerbusch heranzuziehen. Hierfür sind in der mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2018 bereits Mittel vorgesehen, da zuvor im laufenden Jahr noch die Lärmkartierung nach Umgebungslärmrichtlinie aktualisiert wird.

14.4 Dogstation Plöneshof

Ratsfrau Niegeloh erinnert daran, dass sie bereits in der Sitzung am 07.09.2016 auf Verschmutzungen durch Hundekot auf einer Baumscheibe neben der Eisdiele aufmerksam gemacht und um Prüfung gebeten habe, ob die Möglichkeit bestehe, dort eine Dogstation einzurichten. Die Situation sei bis jetzt unverändert. Herr Betsch erklärt, dass dort eine Dogstation aufgebaut werde.

14.5 Erneuerung von Straßenmarkierungen

Sachkundiger Bürger Wagner berichtet darüber, dass auf der Strümper Straße, dem Kappellenstraße und auf dem Winklerweg die Markierungen der Radwege erneuert werden müssten, ebenso auf dem Überweg über die Bundesbahn. Der Pflasterbelag auf dem Fußweg Kappellenstraße Ecke Strümper Straße sei uneben.

14.6 Rotlichtphase Strümper Straße / Winklerweg / Kappellenstraße

Ratsherr Banse weist darauf hin, dass die Rotlichtphase für Linksabbieger nicht wahrgenommen wird, da merkwürdige Lichtreflexe das Erkennen erschweren bzw. unmöglich machen.

Meerbusch, den 02. Mai 2017

Leo Jürgens
Ausschussvorsitzender

Anke Hartl
Schriftführer/in